

Aufklärung oder Untergang!?

Unsere Demokratie und die Idee des weltoffenen Europas
wird erneut an der Unfähigkeit
der Politiker und der Wirtschaftswissenschaftler
scheitern,
die Währungsprobleme
ohne Scheuklappen zu analysieren und sachgerecht zu lösen.

von
Tristan Abromeit

30. Juli 2012

Text 106.1

Text 106.2

Ergänzungen:

Verwirrung unter den Geldreformern
Komplexe Vorgänge und Institutionen, die nicht kompliziert
sondern einfach gelöst werden müssen und können.
Anmerkungen zu und Voraussetzungen für eine bessere Währungsverfassung

Weitere Text-Dateien:

106.3 Der Kummer mit dem Wechselkurs - vom Goldstandard zum EWS
von Elimar Rosenbohm, 1979

106.4 Die Problematik flexibler Wechselkurse als Instrument des Zahlungsbilanzausgleichs
von Tristan Abromeit, 1966

106.5 Texte und Grafiken von Helmut Creutz zur Wirkung der Zinsen

Gestern Abend in den Spätnachrichten hieß es mal wieder, die EZB habe die Neigung, Schuldtitel der ökonomisch notleidenden Staaten des Euro-Raumes aufzukaufen. Der eingebendete Kommentar eines grünen Politikers klang so, als würde er diese Maßnahme befürworten und daß dieser Schritt notwendig sei, weil die Regierungskoalition von CDU/CSU und FDP durch Versäumnisse diese Lage verursacht hätte. Dem Sprecher schien überhaupt nicht bewußt zu sein, daß er mit seinen Worten ein staatlich organisiertes Großverbrechen befürwortet. Der Ankauf von Staats-Schuldtiteln durch die Notenbank (EZB) gegen Herausgabe neuen Geldes über das Maß hinaus, das für die Preisniveaustabilität erforderlich ist, bedeutet Inflation. Und Inflation bedeutet eine Entwertung aller auf Geld lautenden Forderungen. Das ist eine Enteignung ohne Beschluß der Parlamente. Es ist Diebstahl, wie die Mitnahme eines Notebooks, eines Kleides oder eines Weines an der Kasse des Kaufhauses vorbei - nur eben in einem größeren Maßstab. Die Empörung über die Steuersünder, die durch den hehlerischen Ankauf von CDs mit Adressen deutschen Bankkunden ausländischer Banken, wirkt einfach unglaublich, wenn dem deutschen Staat und anderen Staaten erlaubt wird, diesen Diebstahl per Inflation zu vollziehen.

Von der Haltung der grünen Partei bin ich besonders betroffen, weil ich von der FDP kommend, über die Grüne Liste Umweltschutz die Partei DIE GRÜNEN mitgegründet habe. Und mein wesentliches Motiv war, eine währungspolitische Situation wie die, die zum Untergang der Weimarer Republik geführt hat und wie wir sie heute in anderer Form haben, vermeiden zu helfen. Die FDP hat zwar heute eine ablehnende Haltung zum Ankauf von Schuldtiteln durch die EZB, steht aber insgesamt nicht besser da als die grüne Partei, weil auch sie sich weigert, eine konsequente Währungspolitik - die eine Vollbeschäftigung bei einem stabilen Preisniveau ermöglicht - zu betreiben. ¹

Mir hat die Nachricht jedenfalls eine unruhige Nacht beschert. Mir fielen die vielen in den Jahrzehnten nach dem Ende der Naziherrschaft gehörten Vorwürfe gegenüber der Generation ein, die schon bei der Machtübernahme der Nationalsozialisten im Erwachsenenalter waren und nichts gegen die Naziherrschaft getan zu haben. Diesen Widerstand konnte die Mehrzahl der Deutschen ja gar nicht leisten, nicht weil sie plötzlich alle Antisemiten und kriegslüstern waren, sondern weil die Nazi-Partei für sie eine Hoffnung war, aus dem sozialökonomischen Elend herauszukommen, in das die demokratischen Parteien (einschließlich der SPD) sie aufgrund ihrer Unkenntnisse über währungspolitische Zusammenhänge geführt hatten. Wenn es

¹ Das war auch in den 70er Jahren, in meiner Zeit als Mitglied der FDP, so.

anders gewesen wäre, hätte zum Beispiel Nahum Goldmann in "Mein Leben - USA - Europa - Israel" nicht schreiben können:

>>Die Kurve meines Lebens und meiner Tätigkeit, wie sie im ersten Band dargestellt wurde, begann gewissermaßen an einem Gipfel jüdischer Existenz - der Lage der Juden in der Weimarer Republik, dem erfolgreichsten und schöpferischsten Kapitel der gesamten jüdischen Galut-Geschichte - doch mit dem Wachstum der nationalsozialistischen Partei und besonders der Ernennung Adolf Hitlers zum Reichskanzler, führte die Linie abwärts, in eine entschiedene antisemitische Politik, ... <<

Ich lag im Bett und dachte darüber nach, ob ich so etwas wie ein geschichtliches Déjà-vu-Erlebnis mit anderer Kulisse habe, wobei das erste Erlebnis ja nicht aus der kindlichen Erinnerung sein kann, sondern ein angelesenes sein muß. Die Frage des Widerstandes stellt sich aber in jedem Fall. Die unheimliche Wut auf die heute gehandelte und erneut gefährliche währungspolitische Dummheit - nicht auf die Träger dieser Dummheit - sucht ein Ventil. Das Gefühl, daß auch ich verantwortlich bin, sucht eine Möglichkeit, dies auch zu zeigen. Aber welche Möglichkeiten gibt es, in einer Situation, in der die Menschen mit Informationen und Desinformationen zugemüllt werden, in der auch Demonstrationen bei den Adressaten nur ein müdes Lächeln hervorrufen? Auch schreien, schimpfen und beleidigen hat in unserer Narrenfreiheit keine wirkliche Wirkung.

Ich dachte, wenn unsere Medien wie DER SPIEGEL, FOCUS; DIE WELT, DIE FRANKFURTER ALLGEMEINE und RUNDSCHAU, DIE SÜDDEUTSCHE; DER DEUTSCHLANDFUNK, ARD-Fernsehen und das ZDF doch ihre vielbeschworene Wächterfunktion wahrnehmen würden, dann müßte ich mich hier nicht so aufplusternd produzieren.² Das Problem ist hier nicht ein mangelnder Wille zur Aufklärung, sondern eine kollektiv sozialpsychologisch festgelegte Vorstellung davon, was eine gute Nachricht ist und was gebracht werden kann, um im Status des qualitativ guten Mediums zu kommen oder zu bleiben. Es ist das, was den Medien den Anschein der Gleichschaltung gibt. Und Abweichler haben bei der herrschenden Konzentration der Verlage und Anstalten wohl nur selten eine Chance auf Veröffentlichung ihrer Beiträge. Es wirkt sich aber in der währungs- und wirtschaftspolitischen Be-

2 Als ich vor einem halben Jahrhundert begann, mich für die Ökonomie zu interessieren, las ich von einem Ökonomieprofessors der Volkswirtschaftslehre die Aussage, daß er seinen Sohn, der ebenfalls Prof. der VWL war, aufgrund der gewandelten Sprache der Ökonomen nicht mehr verstand. Ich hielt das damals nicht für möglich, muß aber feststellen, daß ich heute auch vieles nicht verstehe, was zur Ökonomie gesagt wird. Der Wandel der Fachsprache besagt aber nicht, daß die Aussagen in alter Form nicht mehr gelten. Ich selber verstehe als Volksschüler auch nicht viel von Mathematik. Ich habe aber häufig genug von kompetenten Autoren gelesen, die sagen, daß die Mathematisierung der ökonomischen Lehre, die Wissenschaftler in die Irre geführt habe.

richterstattung auch aus, daß in der Wirtschaftswissenschaft kein wirklicher Wettbewerb herrscht, der eine Offenheit der Absolventen für neue Fragestellungen und Betrachtungen produziert. Mit einem Tunnelblick³ innerhalb eines Theoriegebäudes kann aber keine Aufklärung gelingen. Da mir kein anderer Einsatz für den Widerstand als die schriftliche Stellungnahme einfiel, habe ich mir in der letzten Nacht vorgenommen, mit ein paar Zitaten aus "Inflation und Deflation zerstören die Demokratie" von Gerhard Ziemer zu beginnen und dann zu prüfen, was mir die Medien am nächsten Tag zum Thema bringen.

Aus Gerhard Ziemer
"Inflation und Deflation zerstören die Demokratie"
Schlußfolgerungen

Die Zitate aus den Büchern deutscher Historiker zeigen, daß es in der Beurteilung der Weimarer Wirtschaftskrisen und ihrer politischen Folgen zwar eine Annäherung an eine mittlere Linie, aber doch keine Übereinstimmung gibt. Gründe und Folgerungen, die auf verschiedenen Ebenen liegen, werden unterschiedlich zusammengestellt. Diese Widersprüchlichkeit reicht bis in die großen Tageszeitungen hinein, wo der rezensierende Historiker bisweilen das Gegenteil von dem schreibt, was der Wirtschaftsredakteur derselben Zeitung ständig als richtig vertritt. ...

Man kann fragen, ob es die Mühe lohnt, die voneinander abweichenden Ansichten der deutschen Historiker über die Wirtschaftskrisen der Weimarer Zeit beeinflussen zu wollen, da die Wirtschaftswissenschaftler, unsere Bundesbank und die für den Wirtschaftskurs ihrer Parteien verantwortlichen Politiker der Gegenwart ein sicheres Wissen über Konjunkturen und über das Instrumentarium der Krisenbekämpfung haben. Das ist richtig, wenn auch die Kenntnisse in Konjunktur- und Währungsfragen immer noch auf kleine Kreise beschränkt sind und Erörterungen über Gold, Stabilität, Wechselkurse, schleichende und angeblich bald galoppierende Inflationen auch in den Reihen der sonst Gebildeten oft seltsam unkundige Gedankengänge

- 223 -

auslösen. Wie schwankend die breite Öffentlichkeit mit ihrer Presse in Deutschland reagiert, wurde deutlich, als de Gaulle die Wieder-Inthronisierung des Goldes verlangte. Erst die Stellungnahme der Bundesbank, die den französischen Vorschlag mit Recht ablehnte, klärte endgültig die Richtung unserer Pressekommunikation. So mag auch in volkswirtschaftlicher Hinsicht

3 Den Tunnelblick wirft mir meine Frau in letzter Zeit in einer anderen Beziehung auch vor. Was beweist, daß ich als Kritiker ebenfalls ständig der Kritik ausgesetzt bin und nicht auf dem "hohen Roß sitze"..

die Auseinandersetzung mit den Weimarer Krisen von Nutzen sein.

Wichtiger ist aber etwas anderes. Wir haben in Deutschland den Wunsch, nach allem, was geschehen ist, der Umwelt und unseren eigenen nachfolgenden Generationen erklären zu können, warum in den dreißiger Jahren von einem arbeitsamen, vernünftigen und friedliebenden Volk 100 kommunistische und über 200 nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete gewählt werden konnten. Wir müssen erklären können, warum auch die deutsche Mitte in der Billigung des Ermächtigungsgesetzes schließlich ihre Zustimmung zur Kanzlerschaft Hitlers gab. Das ist ohne das Elend der Massenarbeitslosigkeit, mit der die demokratischen Parteien nicht fertig geworden waren, nicht zu begründen. Die Dauer und das Ausmaß der Wirtschaftskrise aber waren keine höhere Gewalt, sondern beruhten auf dem Versagen politisch wohlmeinender, aber volkswirtschaftlich unkundiger Männer. Dieses Versagen war in den Motiven wieder zurückzuführen auf das Versagen anderer unkundiger Männer, die als verantwortliche deutsche Politiker die fünfjährige uferlose Inflation betrieben hatten. Inflationsangst und Deflationskrise hatten sich auf unheilvolle Weise miteinander verstrickt. Die deutsche Demokratie ist nicht an Ideologien, sondern an ihren Währungskrisen zugrunde gegangen. Das ist keine tröstende Erkenntnis. Sie ändert und rechtfertigt nichts an den Untaten, die Hitler und der Nationalsozialismus begangen haben, machen es aber verständlich, warum die Mehrheit des deutschen Volkes sich dem Nationalsozialismus untergeordnet hat. Er hatte zunächst für die Massen nicht Blut und Tränen, sondern nach langer Krise Arbeit und Brot gebracht.

...
- 224 -

Gerhard Ziemer beendet sein Buch mit einem Zitat von Professor Albert Hahn, einer der wenigen Wissenschaftlern neben Gustav Cassel auf den sich die Schüler Gesells sich im verlorenen Kampf gegen die Deflationspolitik unter der Kanzlerschaft von Heinrich Brüning berufen konnten.

»Die Brüning-Luthersche Deflationsperiode, die 1931 begann, ist, wenn nicht die tragischste, so doch die paradoxeste der letzten fünfzig Jahre. Es ist die paradoxeste, weil alles, aber auch alles, was seitdem geschah - Nazirevolution, Krieg, moralische und physische Vernichtung von Millionen Menschen und schließlich die deutsche Niederlage - nach meiner und vieler meiner Freunde Auffassung vermieden worden wäre, wenn die damals die Hebelstellung der Wirtschaft, das Geldwesen, direkt oder indirekt Beherrschenden sich nur ein wenig aufgeschlossener gegenüber heute

selbstverständlichen Gedankengängen gezeigt und den kumulativen Deflationsprozeß unterbrochen hätten. Statt dessen hat man, die Jüngeren werden sich den damaligen Mangel an Urteilsfähigkeit gar nicht mehr vorstellen können, die Fortsetzung des Deflationsprozesses nicht nur geduldet, sondern (aus falsch verstandenen Gold- und Wechselkursrücksichten) gewünscht und mit einer prozyklischen Fiskalpolitik gefördert. Eine solche Politik mußte ein hoffnungslos gewordenes Volk in die Arme der Extremen treiben, die ihm die rasche Befreiung von der Pest der Arbeitslosigkeit versprochen - und dieses Versprechen durch Akzeptierung etwas >moderner< Praktiken auch hielten.

Um dies vorwegzunehmen: Keine der damals in Regierung oder Reichsbank verantwortlichen Personen hat das Unheil bewußt herbeigeführt. Auch die unseligen Berater aus >Theorie und Praxis<, die die offizielle Politik stützten, waren gutgläubig, wenn auch manche Industrielle aus Angst vor dem Vorwurf des Inflationismus in der Öffentlichkeit Aussagen machten, die ihrer mir privat geäußerten Überzeugung widersprachen. Ursächlich für die Deflations- oder wenn man es schonender ausdrücken will, für das Fehlen jeder bewußten Anti-Deflationspolitik, war vielmehr: Einerseits herrschte in den weitesten Kreisen eine völlige Unkenntnis über den Charakter von Wirtschaftskrisen als Deflationskrisen, andererseits ein erstaunlicher Mangel an >judgment<, an abwägendem Urteil darüber, ob der Vermeidung der katastrophalen wirtschaftlichen und politischen Deflationsfolgen oder gewissen formal-juristischen Erwägungen der Vorrang einzuräumen war. Wie unbegreiflich erscheint zum Beispiel heute, daß man eine Abwertung der Mark mit dem Hinweis ablehnte, daß im Young-Plan die Aufrechterhaltung der Goldparität stipuliert worden war. War doch seit der Einführung der Devisenzwangswirtschaft im Juli 1931 von einem Goldstandard überhaupt nicht mehr die Rede und die Mark im Verfolg der Pfundabwertung vom September 1931 gegenüber der zweitwichtigsten Weltwährung - und siebzehn der Pfundabwertung folgenden Nebenwährungen - tatsächlich um etwa 40 Prozent aufgewertet. Wie konnte es geschehen, fragt man sich heute, daß die Industrie, die gegen die letzte fünfprozentige Aufwertung der DM so heftig opponierte, gegen jene Aufwertung der Reichsmark nichts einwandte?

Ich selbst empfinde bei der Erinnerung an diese Periode meines Lebens jetzt, nach dreißig Jahren, noch dieselbe Verzweiflung und Aufregung, die ich damals angesichts der offiziellen Geld- und Kredit-Politik verspürte; und dasselbe Gefühl der ohnmächtigen Wut darüber, daß unser Kampf erfolglos war, nicht - das hat wohl die spätere Entwicklung bewiesen - weil unsere Argumente falsch waren, sondern weil die Gegner wegen ihrer offiziellen Stellung oder auch nur wegen ihres Alters und angeblich größeren praktischen Erfahrung ein höheres Prestige genossen als wir Jüngeren, die obendrein noch vielfach Theoretiker waren.« (S.220 ff.)⁴

4 Mehr Zitate von Ziemer unter:

<http://www.tristan-abromeit.de/pdf/26.2%20Bruening%20Auszuege%20Ziemer%20pur.pdf>

In der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung (HAZ) von heute, den 30. Juli 2012, ist in einer Besprechung des Buch "Trial und Error - Warum nur Niederlagen zu Erfolg führen" von Tim Harford, die Ronald Meyer-Arlt unter dem Titel "Fehler mit System" präsentiert u.a. zu lesen:

> Jeder macht Fehler. Und das ist auch gut so. Denn würde alles perfekt laufen, würde nichts Neues entstehen. Perfektion ist Stagnation - aus unseren Fehlern aber können wir lernen. Erst, indem wir Fehler machen, können wir die Welt verändern und verbessern. Das ist die These, die der Wirtschaftsjournalist und Sachbuchautor Tim Harford in seinem neuen Buch formuliert. Um Krisen zu bewältigen, müssen wir vieles ausprobieren. Und um vieles auszuprobieren, müssen wir Räume schaffen, in denen es erlaubt ist, Fehler zu machen.

...

Der Autor argumentiert vor allem mit Darwin und seiner Evolutionslehre. Die geht eben nicht nur vom Überleben desjenigen aus, der am besten an seine Umwelt angepasst ist, sondern setzt auch das zufällige Entstehen von Varianten voraus. Mutationen aber müssen erst da sein, bevor sie sich durchsetzen können. Freiräume fürs Experimentieren ermöglichen erst, dass Neues entstehen kann.<

Bekanntlich ist es nun aber so, daß die kleinsten Fehler in den Volkswirtschaften große Wirkungen haben. Der politische Schlachtruf, "keine Experimente" hat soweit seine Berechtigung. Wenn aber dieser Schlachtruf dazu dient, bestehende - meistens für eine Minderheit vorteilhafte - Verhältnisse zu zementieren, dann müssen für alle Gesellschaftsgestalter die Warnglocken läuten. Wenn die Naturwissenschaftler ihre theoretischen Konstruktionen nicht in der Praxis und durch Experimente überprüfen könnten, wären sie auch mit ihren Erkenntnissen nicht weiter als die Wirtschaftswissenschaftler, von denen ich heute im Radio hörte, daß sie eben keine exakte Wissenschaft betreiben. Mit dem marktwirtschaftlichen Modell *Natürliche Wirtschaftsordnung* von Silvio Gesell haben wir eine Mutation der Möglichkeiten, von denen Tim Harford spricht. Kleine wirtschaftliche Einheiten, wo man mit überschaubarem Risiko dieses Modell hätte ausprobieren können, hat es genug gegeben. Aber anscheinend herrscht eine Angst davor, daß das Modell hält, was es verspricht. Griechenland wäre - da es z. Zt. sowieso nicht ohne Garantien von außen wirtschaftlich überleben kann - der geeignete Raum zum Ausprobieren einer optimierten Marktwirtschaft. Natürlich muß man die Griechen fragen, ob sie das auch wollen. Sie müßten die Garantie bekommen, daß ihnen der Nutzen selber zusteht und daß ein möglicher Schaden von der Gemeinschaft getragen wird.

Im Hauptteil - nicht im Wirtschaftsteil - sind heute unter dem Titel "Alles halb so schlimm?" zwei Interviews mit den Ökonomen Jörg Hinze vom HWWWI und Kai Carstensen vom Ifo-

Institut zu lesen. (Nach den Bildern zu urteilen, sind es sympathische Menschen wie die meisten Ökonomen.) Ein Aha-Erlebnis haben mir die Aussagen nicht gebracht. Ich will nur jeweils auf eine Aussage in den Interviews eingehen. Es werden beide Herren jeweils von Jan Sternberg in mehreren Etappen gefragt, welche Folgen ein Euro-Ausstieg der Griechen hätte.

Die vierte Frage an Jörg Hinze lautet:

> Das System einer europäischen Gemeinschaftswährung bräche zusammen?

Das ist offen. Es könnte gelingen, Spanien, Portugal und Italien im Euro-System zu halten. Allerdings wären die Kosten hoch. Deutschland wäre vermutlich dann bereit, Maßnahmen zuzustimmen, die unsere Regierung heute noch ablehnt: Die EZB könnte beispielweise ermächtigt werden, Staatsanleihen direkt von den Krisenstaaten aufzukaufen, um diese zu stützen. Auch Eurobonds wären dann ein Thema. ...<

Die Erfahrung lehrt, daß Regierungen - wenn der politische Druck groß genug ist - durchaus ökonomischen gefährlichen Unsinn mitmachen. Nun ist ein Interview keine Abhandlung, aber in einem Nebensatz müßte doch wenigstens ein Hinweis auf die mit dem Nachgeben verbundenen Risiken erfolgen. Außerdem in den ganzen Stellungnahmen der Ökonomen und Wirtschaftspolitiker wird so getan, als seien die Verschuldung der Staaten und die Währungsprobleme eine Einheit. Dabei wurde und wird der Euro erst dadurch ein Problem, weil die EZB zur Geschäftsbank der Staatshaushalte gemacht wurde und noch weiter wird. Außerdem wird von den Ökonomen zu wenig thematisiert, daß die Verschuldung auch bei den Unternehmen und den Privathaushalten vorhanden ist und das komplementär dazu die Reichtumskonzentration besteht. Wenn die Wirtschaftswissenschaftler selbst nicht in der Lage sind, die Zusammenhänge zu erkennen, dann sollten sie doch wenigstens als Anregung über die sicheren - von ihnen selbst definierten - Grenzen der ökonomischen Erkenntnisse hinaus schauen. Z. B. Helmut Creutz, der erst im Rentenalter begann, sich mit der Verschuldungs- und Reichtumsproblematik auseinander zu setzen, hat in mehreren Büchern ⁵ und -zig Artikeln, z. B. in der Zeitschriften *Humane Wirtschaft* www.humane-wirtschaft.de und *Fairconomy* www.inwo.de seine Forschungsergebnisse vorgelegt.

Bei Kai Carstensen heißt es u.a.:

> Eine erneute Umschuldung der griechischen Staatsschulden, also letztlich eine Insolvenz, ist kaum zu verhindern - ob im Euro oder außerhalb. Ein Austritt ist der auch mit Hoffnungen verbunden: Mit einer neuen, abgewerteten Drachme könnte Griechenland schneller wettbewerbsfähig werden. <

5 Das Geldsyndrom - Wege zu einer krisenfreien Marktwirtschaft - erscheint gerade in einer weiteren aktualisierten Neuauflage.

Abgesehen davon, daß eine Insolvenz nicht gegeben ist, so lange noch eine Umschuldung zustande kommt und Carstensen sicher ausdrücken wollte, daß am Ende doch mit einer Insolvenz zu rechnen ist, geht es mir hier um die angeblich größere Wettbewerbsfähigkeit durch eine Abwertung der Drachme, die immer wieder von Ökonomen, die eine Rückkehr zur Drachme für sinnvoll halten, ins Gespräch gebracht wird. Ist das mehr als eine Gedankenschleife, die sich als Argumentsmuster in den Köpfen so vieler Ökonomen eingebrannt hat? Wenn der Wechselkurs frei ist – und nichts anderes ist der Marktwirtschaft angemessen – dann pendelt der Wechselkurs um die Kaufkraftparitäten der Währungen, die im Vergleich bzw. im Austausch stehen. Gestört werden kann diese Anpassung nur kurzfristig durch enorme Mengen von spekulativen Kapital, aber wiederum nur dann, wenn die Notenbanken mit im Spiel sind. ⁶ Eine gegenüber dem Ausland unterwertige Drachme könnte nur bei fixierten Wechselkursen entstehen. Also in einer Situation, wo die griechische Notenbank verpflichtet ist, Devisen anzukaufen und mehr Drachme herauszurücken als dem realen Austauschwert entspricht.

In einer solchen Situation haben die griechischen Exporteure einen Vorteil, weil ihnen der Export einen höheren Erlös einbringt als der Verkauf der gleichen Ware auf dem Binnenmarkt. Und die ausländischen Investoren erhalten für ihre Investitionen eine Prämie. Aber der Vorteil des einen muß mit dem Nachteil des anderen bezahlt werden. Die Masse der Menschen, die auf die Binnenwirtschaft angewiesen ist, muß den Vorteil der anderen mit einem Verlust durch die Entwertung der Drachme bezahlen. Das ist keine Theorie. Der Vorgang kann am Ablauf der Wirtschaftsgeschichte der BRD studiert werden. Der Ausgleich der unterschiedlichen Leistungsfähigkeit der Volkswirtschaften im Währungsverbund des Euro würde sich – wenn er nicht durch die unterschiedlichen Subventionspolitiken gestört wird – über die Umlenkung von Gütern und Leistungsströmen ausgleichen. Wenn z. B. portugiesischer oder deutscher Wein bei gleicher Qualität wesentlich billiger wäre als griechischer, dann hätten die Griechen schlechte Exportchancen. Ganz ohne Troika kämen die Griechen unter einen Rationalisierungsdruck, wenn sie im Wettbewerb bleiben wollen. Das gleiche gilt für die Nachfrage nach Urlaubsplätzen in Griechenland. Bei all diesen Überlegungen darf nicht vergessen werden, daß für die einzelnen Länder sowohl ökonomisch wie auch ökologisch die Binnenmärkte das Wesentliche sind und der Export nur eine ergänzende Funktion hat. Wo die Verhältnisse sich umgekehrt haben, da ist nicht der Markt die Ursache, sondern das ordnungspolitische Versagen des Staates. Das gleiche gilt übrigens auch für die Spekulation in jener Größenordnung,

6 Ich komme im Text 106.2 darauf zurück.

die ein größeres Zersetzungs- und Störungspotential hat als die Terroristen und Extremisten zusammen.

An dieser Stelle mußte ich meinen Gedankgang unterbrechen. Ich fahre heute am 31. Juli 2012 mit wenigen Anmerkungen zu der Sendung des DLF von gestern fort.

Das > **Journal am Vormittag** / Kontrovers – politisches Streitgespräch mit Hörern und Studiogästen dlf / Rettung in Trippelschritten? / Deutschland, der Euro und das Krisenmanagement <⁷ mit den Studiogästen Gunther Krichbaum, Mark Schieritz und Joachim Starbatty war unterhaltsam brachte aber nichts, was an anderen Plätzen nicht schon x-mal gesagt worden ist.

Joachim Starbatty, Jg. 1940, emeritierter Professor der Volkswirtschaftslehre, war mit den Professoren Wilhelm Hankel, Wilhelm Nölling und Karl A. Schachtschneider einer der Kläger beim Verfassungsgericht mit der Euro-Klage.⁸

Nölling⁹ wurde Assistent bei Prof. Hummel, als ich ein zweijähriges Kompaktstudium an der Akademie für Wirtschaft und Politik in Hamburg absolvierte. Der ehemalige Niedersächsische Ministerpräsident Gerhard Glogowski war einer meiner rund 100 Kommilitonen. Hankel habe ich in zwei Veranstaltungen in Hannover erlebt – einmal zusammen mit den Professoren Altvater und Dieter Suhr und Helmut Creutz bei den Grünen und einmal als Gastredner einer Wohnungsgenossenschaft.¹⁰ Albrecht habe ich als Vortragenden in den Mündener Gesprächen der Sozialwissenschaftlichen Gesellschaft gehört.¹¹

Und Starbatty habe ich im August 1977 mit einem Vortrag auf der Tagung des Seminars für freiheitliche Ordnung am Ammersee gehört.¹² (www.sffo.de) Der Vortrag lautete

> Eine kritische Würdigung der Geldordnung in Silvio Gesells
utopischem Barataria (>>Billig-Land<<) <¹³

Starbatty ist auch Vorsitzender der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft, deren freiwirtschaftliche Wurzeln nicht genannt werden. Über die

7 kontrovers(a)dradio.de / <http://www.dradio.de/dlf/vorschau/>

8 „Die Euro-Klage / Warum die Währungsunion scheitern muß“, 1998.

9 Nölling ist über den zweiten Bildungsweg gegangen. Er war Senator in Hamburg, MdB und LZB-Präsident. Ich habe ihn in einem der Mündener Gespräche wieder getroffen.

10 Text 97.2 / **Der Euro – die Wahrheit kommt zurück** / Eine Einladung von der Wohnungsgenossenschaft Gartenheim e.G zu einem Vortrag von Prof. Wilhelm Hankel am 4. 11. 2011 / Eine Stellungnahme vom 2.11. 2011 von TA

11 http://www.sozialwissenschaftliche-gesellschaft.de/Bisherige_Tagungen/Page11858/page11858.html

12 Diese Aussage müßte ich anhand der Teilnehmerliste - die ich nicht habe - überprüfen. Ich war auf mehreren dieser Tagungen und habe das Referat auch gelesen. Erlebtes und Gelesenes kann mein Gedächtnis hier nicht genau trennen.

13 Veröffentlicht in *Fragen der Freiheit*, Heft 129, 1977, nachzulesen unter:
<http://userpage.fu-berlin.de/~roehrigw/fragen-der-freiheit/heft129/starbatty.htm>

ASM heißt es in Wikipedia:

> Die Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft (ASM) wurde am 23. Januar 1953 von dem Ökonomen [Otto Lautenbach](#) gegründet. Lautenbach war zuvor Leiter des [Freiwirtschaftsbundes](#), kam jedoch nach dem Krieg zu der Überzeugung, dass nicht der Zins das Hauptproblem sei, wie dies vom Sozialreformer [Silvio Gesell](#) gesehen wurde, sondern dass eine immer stärker ausufernde Staatstätigkeit im Kollektivismus und einem totalen Staat enden müsse. Deshalb verwarf er sich mit den Freiwirtschaftlern und trat zusammen mit mehreren Anhängern aus dem Freiwirtschaftsbund aus.^[1] Nach dem Tod Lautenbachs im Jahr 1954 wurde [Alexander Rüstow](#), der bereits bei der Gründung der ASM dabei war, neuer Vorsitzender. Die ASM wurde zu einem Forum, das fast ausschließlich [neoliberale](#) Positionen repräsentierte. Die ASM galt als „inoffizielles Sprachrohr“ der Wirtschaftspolitik der Bundesregierung und engagierte sich vor allem in Zeiten des Wahlkampfes für die Politik [Ludwig Erhards](#). Im Jahr 1962 übernahm [Wolfgang Frickhöffer](#) den Vorsitz <

(http://de.wikipedia.org/wiki/Aktionsgemeinschaft_Soziale_Marktwirtschaft)

Hier ist erstaunlich, daß überhaupt ein Zusammenhang zwischen ASM und der Freiwirtschaft hergestellt ist. Bei der ASM von heute habe ich noch keine entsprechenden Hinweise gefunden. Richtig ist wohl, daß die Freiwirtschaftler der Nachkriegszeit sich mehr Sorgen um die Ordnungspolitik machten, als um den Zins, der bei dem damals niedrigen Kapitalstock auch nicht die Bedeutung von heute hatte und für die Produktion kein Hemmschuh war, weil nach dem Krieg der „Hunger“ nach allen Marktprodukten den Kostenanteil Zins als unbedeutend erscheinen lies. Wahr ist aber, daß gerade das Gespür der Freiwirtschaftler für die Ordnungspolitik eine Zusammenarbeit mit den Neoliberalen – und das waren die Ordoliberalen und nicht die Neoliberalen von heute - möglich machte und diese für beide Seiten attraktiv erscheinen ließ. Tatsächlich erfolgte nach Lautenbachs Tod ein Herausdrängen der Gründer¹⁴ aus der ASM. Das ist nachzulesen in der Denkschrift für Otto Lautenbach von Ernst Winkler, einem Akteur neben Lautenbach aus der Gründungszeit der ASM. Der Titel dieser Arbeit lautet:

Freiheit oder ?

Notizen über die Geschichte der Freiwirtschaftsbewegung
und ihren Beitrag zur Sozialen Marktwirtschaft.

(Heft 273/4 der Fragen der Freiheit mit dem Titel
Ordoliberalismus und Freiwirtschaft)

In einer Zeit, in der Deutschland, Europa, ja die ganze Welt in einer währungspolitischen be-

¹⁴ Auf die Gründer der ASM und deren Motive gehe ich auch in meinem Text 105.2.1 > „Freiheit, die ich meine, die mein Herz erfüllt ...“ hat eine dezentrale Ordnung zur Voraussetzung < ein. Der Text 105.2.3 bringt Auszüge aus dem Tagungsprotokoll „Magna Charta der Sozialen Marktwirtschaft“ und der Text 105.2.4 aus dem Protokoll „Das Programm der Freiheit“. Zugänglich auch unter:
<http://www.kompetenznetz-mittelstand.de/blogs/freiheit-die-ich-meine#comment-538>

drohlichen Situation steckt, wäre doch von dem viel geehrten Professor und heutigen Vorsitzenden ¹⁵ der ASM zu erwarten, daß er dem nach Klärung durstenden Menschen sagt, warum der Problemlösungsansatz von Gesell nichts taugt und warum die fast gesamte Gemeinschaft der Wirtschaftswissenschaftler seine Lehre tabuisiert oder nie von ihr gehört hat.¹⁶ Ich sage es auch an dieser Stelle. Die waren Verursacher des nationalsozialistischen Unglücks waren die Gesellschaftswissenschaftler, die trotz Pose der Gebildeten ein „Brett vor dem Kopf“ hatten und das heißt ja wohl, sie waren geistig blind oder behindert. Soll sich alles noch einmal oder in einem noch schrecklichen Ausmaß wiederholen?

In der Sendung wurde auch mal wieder behauptet, daß die währungspolitischen Probleme mit der Aufkündigung des Bretton-Woods-Systems – mit den fixierten Wechselkursen - Anfang der 70er Jahre begannen. Das ist eine Fehlinterpretation. Bretton Woods hat Deutschland die Inflation, die erste Umschichtung von Vermögen ohne Gegenleistung, die Konjunkturüberhitzung mit den zusätzlichen Bewohnern gebracht, die zu Hause ebenfalls auch aus währungspolitischen Gründen am Hungertuch nagten. Die Aufgabe des Abkommens mag für die USA ein Geschäft gewesen sein – damit habe ich mich nicht befaßt -, für Deutschland war der Ausstieg aus den fixierten Wechselkursen eine Notwendigkeit. Es wurde um die Freigabe der Wechselkurse hart gerungen. <http://de.wikipedia.org/wiki/Bretton-Woods-System>

Ich möchte mich noch den Grünen zuwenden. 2003 habe ich einer Betrachtung von mir folgenden Titel gegeben: |> Vom Hoffnungsträger zum Totengräber? <

<http://www.tristan-abromeit.de/pdf/28.0%20DIE%20GRUENEN%20%20MdB%201.5.03.pdf>

Aber vorher möchte ich noch kurz auf zwei Pressemeldungen eingehen.

Aufgrund seiner von mir gesehenen Fernsehauftritte beurteile ich den Euro-Gruppen-Chef Jean-Claude Juncker positiv. Wenn er aber sagt:

> "Die Welt redet darüber, ob es die Euro-Zone in einigen Monaten noch gibt", sagte Jean-Claude Juncker der "Süddeutschen Zeitung". Um den Euro zu retten, dürfe keine Zeit mehr verloren gehen. "Wir müssen jetzt mit allen verfügbaren Mitteln überaus deutlich machen, dass wir fest entschlossen sind, die Finanzstabilität der Währungsgemeinschaft zu gewährleisten." <
<http://www.dradio.de/aktuell/1825094/>

15 <http://www.asm-ev.de/die-asm/vorstand.html>

16 Im Jahr 1962 übernahm Wolfgang Frickhöffer den Vorsitz und das war nach meiner Einschätzung nur möglich, weil er seine freiwirtschaftliche Ausgangsprägung soweit veränderte, daß er für den neuen Geist der ASM tragbar war. Ich habe Frickhöffer 1972 in der Tagung „25 Jahre Soziale Marktwirtschaft“ der Ev. Akademie Loccum gehört. Sein Thema: „Marktwirtschaft ist mehr als Wirtschaft – Infrastruktur, Umweltschutz, Demokratisierung -“. Ein zweites Mal habe ich ihn erlebt in einer Tagung der Sozialwissenschaftlichen Gesellschaft in der Ev. Akademie Iserlohn.

Dann stimmt mich das bedenklich, weil a) die Politik die Situation selbst herauf beschworen hat und b) alle verfügbaren Mittel ein noch größeres Chaos schaffen, wenn darunter keine richtigen Mittel sind. Auch ein Hitler wollte mit allen Mittel verteidigen, was er für richtig hielt. Die Folgen waren eine unübersehbare Zahl von Ruinen und Toten.

Heute (31. 7. 12) war in der HAZ unter der Schlagzeile „Das Euro-Signal aus Sylt“ über den Besuch von US-Finanzminister Timothy Geithner bei Finanzminister Schäuble zu lesen:

> Geithner hatte die Europäer in der Vergangenheit wiederholt aufgefordert, die „Bazooka“ gegen die Krise auszupacken. Als Panzerfaust mit durchschlagendem Erfolg gilt der von Konjunktursorgen geplagten US-Regierung der unbeschränkte Ankauf von Staatsanleihen kriselnder Euroländer durch die Europäische Zentralbank (EZB) <

Die USA sollten sich mit solchen Empfehlungen zurückhalten, auch wenn sie selber versuchen mit der Notenpresse ihre eigenen Probleme zu lösen. Solange die großen Summen von zusätzlichen Dollars in die Horte von Privatleuten, Unternehmen und ausländischen Notenbanken verschwinden, haben die USA einen Vorteil davon. Aber sobald diese Horte aufgrund von Stimmungen und Ereignissen in Bewegung kommen, verliert der US-Dollar massiv an Wert. Ich kann mir nicht vorstellen, daß das von den verantwortlichen Politikern nicht gesehen wird. Diese Politik läuft also auf einen staatlich organisierten Großbetrug hinaus.

In der gleichen Ausgabe auf der gleichen Seite der HAZ ist zu lesen:

> Der britische ehemalige Premierminister Tony Blair hat Deutschland aufgerufen, den Euro zu retten und dabei auch unangenehme Kompromisse einzugehen. <

Wenn Blair den Briten solches zumuten würde, würden sie ihn vermutlich von der Insel verbannen. Aber es heißt weiter:

> Aus Sicht des Labour-Politikers ist das Dilemma für Deutschland offensichtlich: „Den Euro jetzt aufzugeben wäre eine Katastrophe; und zwar wirtschaftlich, nicht nur politisch. Um aber die Währungsunion zu „retten“, verlangt man Deutschland ab, Rettungsschirme zu finanzieren, eine eigene Inflation herbeizuführen und für die Schulden jener Länder einzustehen; die die notwendigen Reformen nicht umgesetzt haben.“ Es sei nicht verwunderlich, dass die Menschen in Deutschland dies nur ungern täten. <

Also, so uneinsichtig ist der Ex-Premierminister gar nicht. Was muß aber alles in der Analyse und Theoriebildung bei den Wissenschaftlern schief gelaufen sein, wenn sich ein Politiker veranlaßt sieht, solche kruden Empfehlungen

gen zu geben?

Bei der Suche nach Informationen zum Euro-Schulden-Komplex stieß ich auf folgenden Hinweis:

Parteitag beschließt Programm gegen Euro-Krise

Neben dem Atomausstieg diskutierte der Sonderparteitag in Berlin über die Zukunft Europas. Mit großer Mehrheit beschlossen die Delegierten der Sonder-BDK die grünen Strategien für einen europäischen Weg aus der Krise. Die Grünen fordern eine stärkere Beteiligung von Vermögen an der Rettung verschuldeter Staaten, eine Europäische Wirtschaftsregierung und ein sozial-ökologisches Investitionsprogramm für die Krisenstaaten.

25.06.2011

Der Parteitag ist schon ein Jahr her, aber vielleicht habe ich neue währungspolitische Einsichten bei den Grünen verpaßt, weil ich sie gar nicht mehr erwarte. Ich habe den Text also gelesen und geprüft, ob er mir etwas Neues berichtet. Der Titel lautet:

Außerordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Berlin, 25. Juni 2011

Beschluss

Die Krise gemeinsam überwinden.
Das Europäische Projekt nicht auf's Spiel setzen
Eine Europäische Wirtschaftsunion, ein Green New Deal, mehr Gerechtigkeit
bei der Verteilung der Lasten
Es geht um mehr als den Euro

Es gewährt bei der Problemlage, in der wir stecken, keiner Genugtuung, die eigene skeptische Erwartung bestätigt zu bekommen. Ich gebe daher hier gleich den Link zu dem Text ein, damit sich andere bemühen können, mehr aus dem Text herauszuholen.

http://www.gruene-partei.de/cms/default/dokbin/384/384725.e01die_krise_gemeinsam_ueberwinden.pdf

Ich habe mir zahlreiche Stellen markiert, es lohnt sich aber nicht, sie in der Mehrzahl zu zitieren und zu kommentieren. Das liegt nicht am bösen Willen oder mangelnder Intelligenz der Ver- und Beschlußfasser, sondern spiegelt das Wissen wider, welches die offizielle Ökonomielehre den Akteuren vermittelt hat. Nach den heftigen, die eigenen Ansprüche auf Menschlichkeit sabotierenden ideologischen Grabenkämpfen in der Partei, sehe ich diese heute zwischen der SPP und FDP angesiedelt. Und das ist keine neue politische Position, die sich die Gründer gewünscht haben. Es hat auch gar keinen Sinn darüber zu klagen und zu schimpfen¹⁷, so lan-

¹⁷ Das muß ich mir auch manchmal selber sagen.

ge nicht gesehen wird, daß die Verwerfungen in der Verteilung und die Störungen in der Konjunktur ihre Ursache in der Geldverfassung, dem Bodenrecht und auch in dem Patentrecht haben, ist kein besseres Programm von keiner Partei zu erwarten.

Ich will wenige Stellen aus diesem Parteidokument zitieren und kommentieren, um wenigstens zu zeigen, daß ich mir Mühe bei der Suche nach brauchbaren Ansätzen gegeben habe. Aber schon die Einleitung muß ich kritisieren. Es heißt dort:

>Die Erfolgsgeschichte der EU beruht auf Lehren, die weitsichtige PolitikerInnen aus der Geschichte des Kontinents nach zwei Weltkriegen gezogen hatten, nach dem Nationalsozialismus, dem Holocaust und der Teilung des Kontinents. Frieden, Freiheit Demokratie lassen sich besser gewährleisten, wenn nicht nationale Interessen verfolgt werden, sondern Nationalismen überwunden und staatenübergreifend gemeinsame Interessen formuliert und verfolgt werden.<

Die Katastrophe des Zweiten Weltkrieges hat stark den Wunsch nach Frieden in Europa und der Welt befördert, aber die Lehren aus den geschichtlichen Abläufen wurden nicht gezogen, weil die Ursachen gar nicht gründlich genug analysiert wurden, konnten sie von den Gesellschaftsgestaltern der Nachkriegszeit auch nicht genügend berücksichtigt werden. Der Anfangserfolg Europas und vor allem Deutschlands lag in der Entscheidung für die Marktwirtschaft und der Öffnung der Grenzen für Menschen und Waren. Die Ausbremsung dieses Erfolges lag eben darin, daß nicht die Bedingungen für eine die Wohlfahrt und Freiheit fördernde Entwicklung der Marktwirtschaft geleistet wurde. Es wurde übersehen, daß der Kapitalismus - der bisher immer die Marktwirtschaft überlagert hat - nach einem Zusammenbruch "wohltätig" wirkt, aber mit zunehmender Entwicklung des Wohlstandes seinen Würgegriff zeigt. Die Lust auf Bürokratismus und Zentralverwaltungswirtschaft (Kommunismus oder auch Naziwirtschaft) war in zu vielen Köpfen nach dem Krieg verankert und erfährt in jüngster Zeit auf nationaler und europäischer Ebene eine Ausdehnung. Letztlich waren die Neoliberalen (zweiter Prägung) durch ihre gutgemeinte aber systemlose Deregulierung die Förderer dieses Trends.

Und der Frieden, die Freiheit und die Demokratie auch mit dem vorgestellten grünen Programm bleibt auf der Strecke. **Eine Demokratie ist schlechterdings nicht möglich, wenn eine Währungs(un)ordnung und eine Finanzpolitik praktiziert werden, die die große Mehrheit der Wähler nicht mehr verstehen kann.**

>Das Versprechen demokratischer Werte wäre unvollkommen ohne das Ziel sozialer Gerechtigkeit. Die EU steht durch alle ihre Entwicklungsschritte

über etliche Jahrzehnte hinweg für die Aussicht auf gutes Leben und Wohlstand. Das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in diese gemeinsamen Ziele ist erschüttert.<

Dieser Satz ist richtig. Nur wurde von den Autoren vergessen zu sagen, daß die Grünen für die Förderung des Vertrauens in den eigenen Staat und in die europäische Gemeinschaft selber weder das Vertrauen der Bürger haben noch verdienen.

> Wir wollen in dieser Krise auch nötigen Lehren ziehen, um Europa weiterzuentwickeln und die Defizite seiner Strukturen und Institutionen zu überwinden. Ziel muss sein, dass Europa gestärkt aus dieser Krise hervorgeht.<

Wie soll Europa aus der Krise hervorgehen, wenn die jahrhundertealten Strukturfehler nicht erkannt und beibehalten und durch neue angereichert werden? Die freiwirtschaftlichen Gründungsmitglieder der GRÜNEN, die etwas zum Thema zu sagen gehabt hätten, wurden mit verlogenen Faschismusverdächtigungen kalt gestellt.

> Mit chauvinistischen Parolen schadet die Kanzlerin Deutschland und Europa. Wir Grüne sind hingegen klar: Wir wollen für entschlossene Konzepte in Europa streiten und sie in der EU-27 und der Euro-Zone gemeinsam umsetzen. Europa hat ohne einen gemeinsamen Weg noch nie funktioniert. Auch aus dieser Krise wird nur eine gemeinsame Politik in der EU führen. <

Wenn eine Räuberbande auf dem Raubzug ist und ein Mitglied bekommt Zweifel und Skrupel, ist es dann richtig, ihm Chauvinismus vorzuwerfen? Ein Präsident, ein Premierminister oder eine Kanzlerin sind erst einmal ihrer Nation, ihrem Parlament und ihren Wähler verpflichtet. Die Zustimmung zu einer übernationalen Regelung oder Einrichtung mit Schaden für den eigenen Verantwortungsbereich kann nur zugestimmt werden, wenn der Schaden begrenzt und kurzzeitig ist und in Zukunft mit einem zusätzlichen Nutzen ausgeglichen wird. Wenn die Grünen in Zukunft nicht deutsche Interessen vertreten wollen, dann sollen sie es ihren Wählern vorher sagen.

Im Handelsblatt MorningBriefing von heute heißt es:

> Die **Deutschen sollen gedrängt werden**, einer Geldpolitik der lockeren Hand das Wort zu reden. Unsere heutige Titelgeschichte "**Wer regiert Deutschland?**" beschreibt die zahlreichen Mitglieder des informellen Schattenkabinetts, die mit Wünschen, Forderungen und Drohungen Kanzlerin Angela Merkel den Weg weisen wollen. <

Zurück zum Beschlußpapier der Bündnis-Grünen

>Viertens wird die politische Legitimität der Strukturreformen dadurch unterminiert, dass in allen Krisenländern darauf verzichtet wird, die Profiteure der exzessiven Jahre juristisch und finanziell zur Rechenschaft zu ziehen. Ein Lastenausgleich fand nicht statt, was auch den finanziellen Spielraum für die Krisenbewältigung merklich eingeengt hat. Die Troika aus Internationalem Währungsfonds (IWF), EU und EZB verhandelte mit den Regierungen der Staaten jeweils Sanierungsprogramme, die in den Augen der jeweiligen Bevölkerung die Schuldigen der Krise ungeschoren ließen. <

Der Spruch „Die Kleinen (Gaurer) hängt man, die großen läßt man laufen!“ Gilt auch bei den Bewältigungsversuchen der Schuldenkrise. Es wird mit verdeckten Karten gespielt. Es wird nicht offen gesagt wer dabei verliert und wer dabei gewinnt. Aber die Profiteure mögen unmoralisch handeln, sie sind im strengen Sinne keine Kriminellen, denn sie nutzen ganz legal die Möglichkeiten, die ihnen das System erlaubt. Zur Rechenschaft müßten die Parlamentarier gezogen werden, die seit Jahrzehnten verhindert haben, daß die falschen Regelungen und Institutionen nicht geändert wurden.

Ein Lastenausgleich könnte auch dadurch erfolgen, daß die mobilisierten Milliarden derart eingesetzt werden, daß sie diesen Lastenausgleich automatisch herbeiführen. Die Konkurskandidaten werden nicht mehr abgehalten, tatsächlich ihren Weg zu gehen. Den Gläubigern werden ihre Forderung (z.B.) wie folgt gesichert: Bis 5.000 € 100%, bis 10.000 € = 90%, bis 100.000 € = 80 %, ... , bis 500.000 € = 40 %. Darüber gibt es keine Garantie aus dem Rettungsfonds. Ob dann die größeren Forderungen noch mit einer Quote bedient werden können, hängt dann vom Vermögensstand der jeweiligen Schuldner ab. Wenn die EZB nicht dazwischen fuscht, hätte diese Maßnahme auf die Euro-Währung überhaupt keine Auswirkung. Denn der Wert des Euro bestimmt sich durch das Verhältnis des umlaufenden (Bar-)Geldes zu dem im Markt befindlichen Gütern, der Ausfall auf der Güterseite durch den Konkurs einzelner Unternehmen, einer Branche oder eines Staates, könnte durch eine Reduzierung der umlaufenden Geldmenge kompensiert werden.

>Dass die verabreichte Medizin nicht anschlägt, ist keine Rechtfertigung für Lebendversuche an Volkswirtschaften und auch nicht für das Begleichen ideologischer Rechnungen. Forderungen nach Austritten aus der Eurozone zeugen weder von europapolitischem Kompass noch von wirtschaftspolitischer Klugheit. Derartige Querschüsse sind eher Indikatoren für die populistischen Auswüchse der deutschen Debatte über die Eurokrise. <

Klar, es ist das alte Spiel, die anderen, die das Andere wollen, denken ideologische und popu-

listisch, das, was die eigene Partei will, ist sozial, verantwortbar und staatstragend. Es ist das politische Spiel, was seit der Gründung unserer Republik gespielt wird. Diese Haltung und Denkungsart bringt uns nicht weiter. Was wir am wenigsten in unserer Situation gebrauchen können sind Denkverbote.

>Wie bei seinem Vorbild, dem New Deal in der ersten Weltwirtschaftskrise, sollte mit konsequenter Finanzmarktregulierung, Investitionsprogrammen und einem neuen sozialen Ausgleich die Wirtschaft auf neue, stabile Grundlagen gestellt werden. Wir Grünen haben damals ganz bewusst auf ein Transformationsprogramm gesetzt, das die verschiedenen krisenhaften Entwicklungen zusammen denkt: die Wirtschafts- und Finanzkrise, die Klima- und Ressourcenkrise und die Verteilungskrise. Und wir wussten, dass genau dieses Zusammenführen verschiedener Dimensionen einer nachhaltigen Wirtschaftsweise der Schlüssel ist, um die nächsten Krisen zu verhindern. Der Green New Deal wurde so zum grünen Gegenmodell gegen eine Politik des „Weiter so“, die die Krise als Betriebsunfall einer eigentlich erfolgreichen neoliberalen Politik ansah.<

Mein E-Mail-Partner in Portugal, Rolf Dahmer, der sich als Sozialkybernetiker versteht und der mir immer wieder sehr kluge eigene Gedanken und solche der aufgelesenen Art schickt, predigt auch den New Deal. Auch er meint wie die Grünen, daß man dabei nicht auf die Währungsverfassung achten muß. Ich bringe daher zum Schluß noch Aussagen über den historischen New Deal.

Zum nächsten Zitat aus dem Beschluß:

>Außerdem unterstützen wir die rasche Einrichtung eines nationalen Grundbuchs in Griechenland um Immobilienbesitz wirksam zu besteuern. Die Rücknahme verminderter Mehrwertsteuersätze muss sozialverträglich gestaltet werden.<

Diese Aussage läßt erkennen, daß die Grünen darüber nachdenken, wie man die Kassen des Fiskus besser - unter Schonung der ärmeren Bevölkerung Griechenlands – füllen kann, aber ich konnte bisher nicht erkennen, daß den Grünen die Problematik des heutigen Bodenrechts bewußt ist. Die Grünen haben voll die Verdrängung des Themas durch die anderen Parteien aus Machterhaltungsgründen übernommen. Die Namen der großen Bodenreformer Henry George, Adolf Damaschke, Franz Oppenheimer – der Lieblingslehrer von Ludwig Erhard – und auch Silvio Gesell - der seine Reformvorstellungen nach dem Buch *Freiland – Ein sociales Zukunftsbild* von Theodor Hertzka benannte – kennt man nicht. Man weiß nicht, daß Konrad

Adenauer einst sagte:

Ich betrachte diese falsche Bodenpolitik, wobei ich das Wort Bodenpolitik im weitesten Umfange des Wortes nehme, als die Hauptquelle aller physischen und psychischen Entartungserscheinungen, unter den wir leben.¹⁸

Auch Friedrich Naumann, der Namensgeber der Stiftung, die der FDP nahesteht, stand auf der Seite der Bodenreformer.¹⁹ Eine gedeihliche Entwicklung von Europa ist ohne Lösung der Bodenrechtsprobleme genauso wenig wahrscheinlich, wie ohne Lösung der Währungsprobleme. Dabei ist es wohl so, daß man in Deutschland Jura oder einer der Gesellschaftswissenschaften studieren kann ohne je das Wort Bodenrechtsreform gehört zu haben. Und die Privatisierungsvorschläge für die verschuldeten Länder lassen auch nicht erkennen, daß die Autoren auch nur das geringste Gespür für diese Problematik haben. Die Linken in den Grünen haben uns freiwirtschaftlichen Gründer bar jeglicher Kenntnis die Blut- und Bodenideologie (BluBo) der Nazis unterstellt.

Ich komme zum letzten Zitat aus dem Parteitagbeschuß der Grünen. Es hat auch einen aktuellen Bezug zu Äußerungen von Jürgen Trittin vom heutigen Tage:

>Der Zinsdienst des griechischen Staates muss auf ein langfristig tragfähiges Niveau gesenkt werden, das der Wirtschaftsleistung des Landes entspricht.
Eine Umstrukturierung der Staatsschulden der Krisenländer ist legitim.<

Die freiwirtschaftlichen Gründungsgrünen haben schon im Zeitpunkt der Parteigründung auf die Zinsproblematik hingewiesen. Von den Linken wurden sie dafür überlegen belächelt und kritisiert. Oder es wurde ihnen Antisemitismus unterstellt. Das ist idiotisch, weil die Nichtaufklärung über die Zinsproblematik ja den Antisemitismus befördert hat noch befördert. Jürgen Trittin soll von uns in Anlehnung der von den Nazis mißbrauchten Parole von der Brechung der Zinsknechtschaft als Zinsknechte titulierte haben. Weder die Grünen, noch die Mitglieder der anderen Parteien wissen – mit Ausnahmen -, daß die nicht ohne weiteres sichtbare Zinslast, die jeder Deutsche zu tragen hat, bei 30 bis 40% seines Nettoeinkommens liegt.²⁰ Tendenz steigend, weil der Kapitalstock, der verzinst werden will, wächst. Ein höherer Zinssatz für die Deutschen aufgrund einer Euro-Mischfinanzierung zu Gunsten der überschuldeten

18 Adolf Damaschke, Die Bodenreform, zwanzigste Auflage, Seite 476.

19 <http://www.tristan-abromeit.de/pdf/22.2%20Boden%28un%29recht%20Teil%20II.pdf>

20 Material dazu findet man unter u.a. hier: <http://www.helmut-creutz.de/>

<http://www.humane-wirtschaft.de/zeitschriftenarchiv/>

<http://www.inwo.de/uploads/media/FAIRCONOMY/ausgaben/ausgabe-2010-3.pdf>

<http://www.userpage.fu-berlin.de/~roehrigw/creutz/gggw/>

Länder wirkt direkt oder indirekt wie eine Steuererhöhung. Die direkte Steuererhöhung ist dann die Folge der gesteigerten Finanzierungskosten des Staates. Die indirekte Wirkung kommt zustande, weil durch das Steigen des Zinsniveaus 80% der Bevölkerung eine höhere Zinslast zu tragen haben. Die Vorstellung, daß das Zinsniveau einfach – sozusagen durch Beschluß – gesenkt werden kann, zeigt, daß die Grünen nicht tief in das Thema eingestiegen sind. Heute dient ein Großteil der Subventionen dazu, die Zinskosten für Investitionen zu senken. Der Zins ist damit nicht aus der Welt, sondern er wird nur auf die Steuerzahler verlagert und erscheint als Dividende bei den Kapitalanlegern.

Ich habe überlegt, ob ich auch noch auf den nachfolgend beschriebenen Text eingehen soll. Ich bin zum Schluß gekommen, daß ich mich nur wiederholen müßte und lasse es deshalb.

> Gemeinsam gegen die Eurokrise

Die engstirnige Haltung von Bundeskanzlerin Merkel in der Eurokrise droht Europa zu spalten. In ihrem gemeinsamen 12-Punkte-Papier kritisieren die Partei- und Fraktionsvorsitzenden von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD und der Ökonom Peter Bofinger das Krisenmanagement der schwarz-gelben Bundesregierung und benennen Ursachen und Lösungen für die Schuldenkrise. <

<http://www.gruene.de/themen/europa/gemeinsam-gegen-die-eurokrise.html>

Ich komme nun zum historischen New Deal in den USA. Wenn man den Beitrag in Wikipedia liest, dann kann man verstehen, daß da heute gerne ideelle Anleihen gemacht werden. Es ist aber auch klar zu erkennen, daß der New Deal kein klares Konzept auf der Grundlage klarer Erkenntnisse über die Ursachen der damaligen Wirtschaftskrise war. Wenn heute der Begriff wieder verwendet werden soll, muß er neu definiert werden. Nur zu sagen, daß wir einen Neuen Deal brauchen, bringt gar nichts. Und ich halte unsere politischen Parteien heute nicht für fähig, ein hieb- und stichfestes Programm zu formulieren, das wirklich Probleme löst und nicht vermehrt. Aber vielleicht suchen die Grünen und andere Akteure ja auch nur nach einem klingenden Namen für ein Sammelsurium von Maßnahmen, von denen man hofft, aber nicht weiß, daß es hilft.

http://de.wikipedia.org/wiki/New_Deal#Ma.C3.9Fnahmen_des_New_Deal

→→

Nun die Zitate zum historischen New Deal und zwar aus:

John Maynard Keynes – Revolutionär des Kapitalismus

von
Robert Lekachman
1966

Die ersten Sätze von Lekachman in seiner Einleitung zeigen uns wie sehr ein Ökonom sich irren kann. Der Keynesianismus – den man genauso wenig Keynes alleine anlasten kann, wie Marx den Marxismus - hatte abgewirtschaftet als sich der Neoliberalismus der Chicagoer Schule mit Milton Friedman durchsetzte. Daß beide Schulen scheitern würden wurde von Vertretern der Freiwirtschaftsschule vorhergesagt. Sie selbst hat ihre Bewährungsprobe noch vor sich, wenn sie dann mal zum Zuge kommt

> Seit mehr als einer Generation haben weder Großbritannien noch die Vereinigten Staaten die Massenarbeitslosigkeit, verwaisten Fabriken, Konkurse, Hypothekenentwertungen und die weitverbreitete, tiefe Hoffnungslosigkeit zu verzeichnen gehabt, die einst zu den üblichen Begleiterscheinungen der offenbar unvermeidlichen Zyklen wirtschaftlicher Depressionen zählten. Für die Mehrheit aller Amerikaner und Briten unter Vierzig ist die Große Depression von 1929 bis 1933 nicht so sehr eine schmerzliche persönliche Erfahrung oder gar ein Modell ähnlicher Ereignisse in der Zukunft als vielmehr ein abgeschlossenes Kapitel der Geschichte. Das Wort Depression selbst ist aus der Umgangssprache so gut wie verschwunden, und weitgehend auch schon aus dem Fachwörterbuch des Nationalökonomen. An seine Stelle ist der Begriff Rezession getreten, und die meisten Leute verlassen sich darauf, daß solche Rezessionen kurz, harmlos und selten sind. < (S. 11)

> Besonders in einem nichtintellektuellen Volk kommt es nicht ohne weiteres zu solchen Meinungsumschwüngen. Ihre Voraussetzungen sind lehrreiche Erfahrungen und theoretische Formulierung. Im Laufe der letzten vier Jahrzehnte haben viele Amerikaner dreierlei Erfahrungen gemacht; sie erlebten den Schrecken der Großen Depression, die neue Hoffnung des New Deal und den verbreiteten Wohlstand, der sich im Gefolge der gewaltigen Rüstungsausgaben des Zweiten Weltkriegs einstellte. < (S. 14)

Empört sich die Opposition bei uns nicht gerade über ein angeschobenes Geschäft mit Panzern für eine Krisenregion? Ein wesentlicher Teil der ökonomischen Erholung der USA wurde durch die Rüstung erzeugt, nicht nur Hitler kann man sie anlasten. Unter den gegebenen ökonomischen Bedingungen müssen alle pazifistischen Träume wie Seifenblasen zerplatzen.

> Sich über das Elend der Depression und Herbert Hoovers unzulängliche Politik des Jahres 1931 zu erregen, genügte nicht; was nützt, war eine logische Begründung politischer Alternativen. Daß es in Wahrheit die Ideen sind, die über Gut oder Böse entscheiden, hatte für Keynes schon immer festgestanden.

Die neue Wirtschaftslehre der sechziger Jahre verkörpert den Triumph einer Idee. Und diese Idee selbst ist größtenteils dem schöpferischen Genius eines einzigen Mannes zu verdanken: John Maynard Keynes, wie er von Hause aus hieß — des späteren Lord Keynes, Baron of Tilton. < (S.14 f.)

Das ist auch heute noch so. Die Differenzen zwischen der Opposition und der Regierungsmehrheit, sowie zwischen Deutschland und den anderen Euro-Staaten beruhen auf unterschiedlichen Vorstellungen von dem, was ist und von dem, was sein könnte.

Aus dem KAPITEL 4 Die »General Theory«

> Obgleich 1939 bereits ein halbes Dutzend Jahre des New Deal vergangen war, lag die Arbeitslosenquote noch immer sehr hoch. Welchen Aufschluß vermittelte nun diese Einführung in die Wirtschaftskunde, die zu den besten Lehrbüchern der damaligen Zeit zählte, den jungen Studenten über die Ursachen und mehr noch die Beseitigung der Arbeitslosigkeit? Betrüblicherweise nicht sehr viel. Auf Seite 488 zeigte eine Grafik mit der Überschrift »Arbeitslosigkeit in amerikanischen Städten« den Verlauf der Ereignisse zwischen 1896 und 1936. Der aufmerksame Leser konnte dieser Grafik entnehmen, daß die Arbeitslosigkeit 1921 bis auf rund 22 Prozent aller Beschäftigten emporgeschnellt, dann im Laufe der zwanziger Jahre bis auf rund 9 Prozent zurückgegangen war, um zwischen 1929 und 1933 wieder auf knapp 25 Prozent anzusteigen. Was waren die Ursachen dieser Arbeitslosigkeit? Hier hatten die Verfasser wenig Tröstliches zu bieten. ... <

Also warum die Hoffnung auf einen New Deal setzen, wenn er nicht besser begründet ist als der alte und nicht nachvollziehbare Erfolgsaussichten hat? Es folgt ein Auszug aus dem KAPITEL 5, *Die Politik des »New Deal«*

>> Landläufige Meinungen gehen sehr oft an der Wirklichkeit vorbei. So ist es auch beim Ruf, den die beiden ersten Amtszeiten Präsident Roosevelts in der Öffentlichkeit genießen. Im Laufe der Jahre haben sich Vorurteile fest sedimentiert, die Erinnerung an damalige Ereignisse ist verblaßt. Aus diesem Grunde pflegt die Wirtschaftspolitik des New Deal fast schon mechanisch mit den währungs- und steuerpolitischen Empfehlungen der *General Theory* in

Verbindung gebracht zu werden. Viele konservative Bürger haben Roosevelts Anfangsjahre als eine Zeit massiver Staatsverschuldung im Gedächtnis. Jedoch ziehen sie aus ihren lückenhaften Erinnerungen den falschen Schluß, daß das Unvermögen, der Arbeitslosigkeit in ausreichendem Maße mit dem Mittel des >deficit spending< entgegenzutreten, nichts weiter darstellt als den gescheiterten Versuch, Keynesianische Finanzpolitik in der Praxis anzuwenden. Nicht wenige Gegner Keynesianischer Wirtschaftspolitik haben sicherlich aus George Humphreys Erklärung Trost geschöpft, die er während seiner Amtszeit als Finanzminister unter Eisenhower abgegeben hat: durch Geldausgaben können wir nicht reich werden. Die Lehre aus den 30er Jahren lautet jedoch völlig anders. Aller Wahrscheinlichkeit nach dürfte die Mehrheit unter den Wirtschaftswissenschaftlern mit folgenden vier Thesen übereinstimmen:

Erstens: Erst seit 1938 haben sich Roosevelts Hauptberater stark von Keynes beeinflussen lassen. Weitere Anzeichen dafür, daß Roosevelt selbst jemals Einsicht in die Zweckmäßigkeit einer Politik des unausgeglichenen Haushalts, des >deficit spending< oder der Staatsverschuldung größeren Ausmaßes gehabt oder sie auch nur voll verstanden hätte, gibt es nicht. In seinen Augen konnte eine >optimale Ausgabenpolitik< nur von echten Nachfahren sparsamer kalvinistischer Ahnen aus den Niederlanden betrieben werden.

Zweitens: Vom Keynes'schen Standpunkt aus lassen sich die Entscheidungen der 30er Jahre wie folgt zusammenfassen: Eine Finanzpolitik, die zu zaghaft und zu unschlüssig vorgeht, die zu oft im Widerspruch zu anderen Maßnahmen mit gegensätzlichen Zielrichtungen steht, wird nicht in der Lage sein, den Beschäftigungsgrad und das Volkseinkommen in dem Umfang zu steigern, wie es zur Wiederherstellung der Prosperität erforderlich ist. Zwischen Reform und Restauration hin- und herschwankend, hat die Politik des New Deal beide Ziele nicht im gewünschten Umfang realisieren können.

Drittens: Das Modellbeispiel für die Wirksamkeit Keynes'scher Gegenmittel wurde nicht in den 30er Jahren geliefert, sondern durch das gewaltige Anschwellen der Staatsausgaben während des Krieges sowie durch den darauffolgenden Boom der Konsumgüter in der Zeit kurz nach dem Krieg. Beide Ereignisse beweisen, daß eine Regierung Arbeitslosigkeit ausschalten kann, wenn sie hinreichende Ausgaben bei hinreichender Verschuldung des Staates tätigt.

Wie Keynes selbst bereits in seiner General Theory bemerkt hat, sind Militärausgaben eines der wenigen konkreten Mittel, mit denen der Staat die Gesamtnachfrage ausdehnen kann.

Viertens: Gegen Ende der Ära Roosevelt hat die Keynes'sche Lehre ohne Zweifel eine deutliche Auswirkung auf die Politik der öffentlichen Hand gehabt, jedoch hat sich der Zeitpunkt, zu dem diese

Wirkung zum Tragen kam, bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges verzögert. In den 30er Jahren war der Keynes'sche Einfluß weit mehr unter Wirtschaftswissenschaftlern und verhältnismäßig jungen Beamten als bei Politikern und den Leitern bedeutender staatlicher Stellen verspürbar.

Woraus aber bestand nun die Wirtschaftspolitik der beiden ersten Amtsperioden Roosevelts? Es fällt schwer, bei Betrachtung der ersten Jahre von Roosevelts Präsidentschaft ein Gefühl der Ironie zu unterdrücken. Wie bereits im 4. Kapitel ausgeführt, prangerten Roosevelts Parteiprogramm und, in noch stärkerem Ausmaße, seine Wahlkampfreden die Defizitpolitik Hoovers sowie dessen Verschwendung staatlicher Mittel an, die das Defizit verursacht hatte.

In der Tat, wenn sich überhaupt eine Grundlinie aus Roosevelts Wahlkampfaussagen herauslesen läßt, dann spiegeln sie jene Vorliebe britischer Finanzminister für staatliche Sparmaßnahmen während Depressionen wider, über die gerade Keynes einige seiner scharfsinnigsten Schmähschriften verfaßt hat. Der Historiker William Leuchtenburg zitiert eine Rede, die Roosevelt im September 1932 in Sioux City gehalten hat: >Ich werfe unserer jetzigen Regierung vor, die Regierung mit dem größten Ausgabenvolumen zu Friedenszeiten zu sein, die je in unserer Geschichte im Amt war. Eine Regierung, die ziellos Ämter und Ausschüsse gebildet hat und die sich dabei außerstande zeigte, die dringenden Notwendigkeiten sowie die verringerte Erwerbsfähigkeit des Volkes vorzusehen.< Das ist keine wahllos herausgegriffene Erklärung. Einige Wochen später kam Roosevelt in Pittsburgh auf diese Frage zurück: >Eines der wichtigsten Sachprobleme dieses Wahlkampfes ist für mich die Reduzierung der Bundesausgaben. Dies ist meiner Meinung nach der direkteste und wirksamste Beitrag, den die Regierung zur allgemeinen Wirtschaftslage beisteuern kann.< Kein Wunder, daß ein Bewunderer Roosevelts später zugab: >Betrachtet man die spätere Entwicklung, dann kommen einem die Wahlkampfreden wie ein riesiger Rollentausch vor, bei dem Roosevelt und Hoover jeweils die Rolle des anderen übernahmen.<

Während seiner Wahlkampfreden kam Roosevelt niemals auf >deficit spending<, öffentlichen Wohnungsbau, die Beseitigung der Elendsviertel, das National Industrial Recovery Program, die Tennessee Valley Authority zur wirtschaftlichen Sanierung des Tennesseeetals, progressive Besteuerung, liberalisierte Behandlung der Gewerkschaften oder durchschlagende Unterstützungsprogramme zu sprechen. Was Roosevelt auch immer in jenem Herbst 1932 einer verwirrten Wählerschaft anbot, mit den Kernpunkten des New Deal hatte es nichts gemein. Wahrscheinlich war sich Roosevelt selbst nicht über die Sachverhalte, die zur Formulierung der Kernpunkte des New Deal führten, im klaren.

Auf der anderen Seite waren seine Äußerungen nicht nur schöne Wahlkampfreden. Nach seiner Amtsübernahme bemühte sich

Roosevelt aufrichtig, die öffentlichen Versprechungen in die Tat umzusetzen; ... <<

Mein Eindruck beim Lesen und Übertragen dieses Auszuges war: „Wir leben schon seit Jahren mit dem New Deal, Folge II. Was wir brauchen ist Klärung! Und es gibt viel zu klären! Zu bedauern sind jene Entscheidungsträger, die glauben, sich als Wissende darstellen zu müssen, in Wirklichkeit aber blind entscheiden. Noch mehr zu bedauern ist die Vielzahl der Menschen, die unter den jetzt unvermeidbaren Fehlentscheidungen leiden müssen.

Rolf Dahmer schickte mir aus Portugal heute zwei Zitate, mit denen ich diesen Text beenden will.

“Wir erschrecken über unsere eigenen Sünden,
wenn wir sie an anderen erblicken.”

Johann Wolfgang von Goethe

und

> In Krisensituationen neigen wir dazu, alte Vorurteile wiederzubeleben. Angst verarmt die Vorstellungskraft und fördert die Suche nach Schuldigen. Keinen besseren Schuldigen gibt es als den, der nicht so ist wie wir, den wir als „anders“ bezeichnen können. Bis 1945 war die Geschichte Europas geprägt von Vorurteilen, und die Schuldigen für das eigene Unglück wurden vornehmlich im Ausland gesucht. Daher gründete das neue, in den fünfziger Jahren entstandene politisch geeinte Europa ganz bewusst auf gegenseitigem Verständnis und gemeinsamer Verantwortung. <

Es ist die Einleitung zu einem Essay von, Antonio Antonio Muñoz Molina. Er soll der meist-gelesene Schriftsteller Spaniens sein. (Aus dem SPIEGEL 31/2012) TA